

1. Der Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert - Begriff und Periodisierung

1.1. Kapitalismus und Industrialisierung *

1.1.1 Begriffsklärung *

1.1.2 Periodisierung *

1.1.3 Regionale Ungleichheiten *

2. Voraussetzungen kapitalistischer Industrialisierung *

2.1 Adam Smith und "der Markt" *

2.2 Freie Arbeitsmärkte in der Landwirtschaft *

2.2.1 Die Agrarverfassung in England *

2.2.2 Organisation der Landwirtschaft in Preußen *

2.3 Protoindustrialisierung, Bevölkerungswachstum, Pauperismus *

2.3.1 Protoindustrialisierung *

2.3.2 Bevölkerungswachstum *

2.3.3 Pauperismus *

2.4. Staatliche Modernisierungspolitik *

2.4.1 Reformen in Preußen *

3.1 Das Wachstum und seine Indikatoren *

3.2 Gesellschaftlicher Strukturwandel *

3.2.1 Veränderungen in der Wirtschafts- und Berufsstruktur *

3.2.2 Verstädterung und Mobilität *

3.2.3 Das "natürliche" Bevölkerungswachstum *

3.3 Der Kampf um Märkte *

3.3.1 Absatzmärkte *

3.3.2 Internationale Konkurrenz *

4. Folgen und Begleiterscheinungen kapitalistischer Industrialisierung *

4.1 Soziale Ungleichheit in der Klassengesellschaft *

4.1.1 Klassen und Konflikte *

4.1.2 Auflösung der ständischen Ordnung *

4.1.3 Klassenlage und Marktlage *

4.1.4 Gegenwelten *

4.2 Naturaneignung und Umweltzerstörung *

4.2.1 Von der vorindustriellen Naturaneignung zur modernen Naturerfahrung *

4.2.2 Industrie und Umwelt *

4.2.3 Industrieschutz statt Naturschutz *

4.3 Geschlechterverhältnisse in Familie und Gesellschaft *

4.3.1 Zerfall der Familie? *

4.3.2 Familienbilder *

4.3.3 Frauenerwerbsarbeit und hausväterliches Regiment *

4.3.4 Lohnarbeit versus Hausarbeit *

4.3.5 Geschlechterverhältnisse und Arbeitsmarkt *

4.4 Das Doppelgesicht des Industriekapitalismus - ein Ausblick *

1. Der Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert - Begriff und Periodisierung

1. *Kapitalismus und Industrialisierung*

1.1.1 Begriffsklärung

In den meisten westdeutschen Fach- und Handbüchern zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts sucht man das Wort "Kapitalismus" vergeblich. Die Rede ist statt dessen von "Industrialisierung", "Industrieller Revolution" oder "Industriesystem". Eine andere Begrifflichkeit bevorzugten die Historiker der DDR. Zwar sprachen auch sie, etwa mit Blick auf die rasante Wirtschaftsentwicklung seit der Jahrhundertmitte, von "Industrieentfaltung" und "Industrieller Revolution". Zugleich banden sie die Begriffe aber in eine Gesamtgeschichte des "Kapitalismus" ein.

Dass westdeutsche Historiker den Kapitalismus-Begriff eher mieden, hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass ihre ostdeutschen Kollegen ihn systematisch und nicht ohne polemischen Unterton benutzten. "Kapitalismus" galt lange als politischer Kampfbegriff; in ihm schweben Anklage und Verurteilung gleichermaßen mit.

Kapitalismus* - das war für seine Kritiker ein sozioökonomisches Herrschaftssystem, in dem die Lebenschancen der Menschen entscheidend davon abhingen, ob sie auf der Seite des Kapitals oder der Arbeit standen. Kapitalist war derjenige, der mobiles und immobiles Kapital (Geld, Maschinen, Fabrikgebäude) besaß und darüber gebot; zur Klasse der Lohnarbeiter gehörten all jene, die dem Kapitalisten ihre Arbeitskraft gegen ein Entgelt verkauften, das sehr viel geringer war als der damit erzielte Gewinn. Diese Ungleichheit aufzuheben und Arbeiter zu vollen Nutznießern ihres Arbeitsertrages zu machen - so lautete, vereinfachend gesagt, das Ziel der sozialdemokratischen Bewegung, die seit den 1860er Jahren immer lautstärker auftrat. Ihre an Karl Marx geschulte Rhetorik erwies sich als so prägend, dass der Kapitalismus-Begriff im Deutschen seinen kritisch-polemischen Klang nicht mehr abzulegen vermochte.

Politisch unbelastet waren dagegen Begriffe wie Industrialisierung oder Industrielle Revolution, die in die Wissenschaftssprache nichtmarxistischer Historiker Eingang fanden. Sie beschrieben eine ökonomische Entwicklung, die sich im wesentlichen in Wachstumswerten ausdrücken ließ:

Steigerung des Sozialprodukts, der Warenproduktion, des Einsatzes von Maschinen, Ausbau der Verkehrswege, des Binnen- und Außenhandels oder des Finanzwesens.

Damit lenkten sie die Aufmerksamkeit geradewegs auf jene Entwicklung, die in den Augen von Zeitgenossen und nachfolgenden Interpreten den Rang einer "Kulturschwelle" (Arnold Gehlen) besaß. Die im 19. Jahrhundert einsetzende Industrialisierung stellte einen Transformationsprozess dar, der nicht zu Unrecht mit der Neolithischen Revolution -dem Übergang zu Ackerbau, Sesshaftigkeit und Großsiedlung -verglichen wurde.

Diese "Fundamentalzäsur" (Hans-Ulrich Wehler) mit ihren schnellen und radikalen Neuerungen wird durch den Begriff der Industriellen Revolution sicher besser erfasst als durch den des Kapitalismus. Schließlich bezieht sich letzterer, so wie er von Karl Marx, Werner Sombart oder Max Weber benutzt wurde, auf eine sehr viel längere Zeitspanne. Kapitalismus gab es schon in der frühen Neuzeit, als Kaufleute weitflächige Handelsmärkte aufbauten und den Austausch von Waren und Kapital in großem, Staaten und Kontinente übergreifendem Maßstab organisierten (Handelskapitalismus). Auch die Reinvestition der Gewinne in eine expansive gewerbliche Warenproduktion war keine Erfindung des 19. Jahrhunderts, sondern bereits aus der Protoindustrialisierung bekannt.

Der Kapitalismus-Begriff besitzt den analytischen Vorzug, diese Entwicklungen mit einer langfristigen, historischen Perspektive zu verknüpfen. Er rückt die Vorläufer des Industriesystems in den Blick und legt die Frage nahe, auf welchen Bedingungen und Voraussetzungen sein Erfolg beruhte. Zudem vereitelt er eine enge ökonomische Sicht: Für ihn zählen nicht nur Warenströme und Markterweiterungen, sondern auch Herrschaftsbeziehungen und soziale Konflikte. Damit erleichtert er es, Widersprüchlichkeiten wahrzunehmen und kritische Fragen zu stellen, die alternative Perspektiven eröffnen.

Aus all diesen Gründen erscheint es als sinnvoll, am Kapitalismus-Begriff festzuhalten, ihn aber zugleich genauer zu umgrenzen. Die im folgenden gewählte Bezeichnung "Industriekapitalismus" erlaubt es, die wirtschaftlichen Entwicklungssprünge des 19. Jahrhunderts stärker hervorzuheben, ohne den Gesamtzusammenhang aus den Augen zu verlieren.

1.1.2 Periodisierung

Die Frage, wann der Industriekapitalismus moderner Prägung seinen weltgeschichtlichen Siegeszug antrat, beschäftigt Wirtschaftshistoriker seit mehreren Jahrzehnten. Gerade wenn er nicht, wie Phönix aus der Asche, urplötzlich auftauchte, sondern eine jahrhundertelange Inkubationszeit als Handels-, Gewerbe- und Agrarkapitalismus durchlief, fällt schwer, seinen Eintritt in die Geschichte

einigermaßen exakt zu bestimmen.

In der Forschung ist es mittlerweile üblich geworden, drei Phasen zu unterscheiden: eine zögerlich-verhaltene Anfangsphase, eine wachstums-intensive Durchbruchs- und Expansionsphase und eine durch erneute technisch-organisatorische Entwicklungssprünge gekennzeichnete dominante Phase. Die erste Phase, auch Frühindustrialisierung genannt, begann in Deutschland etwa im späten 18. Jahrhundert und endete mit der Industriellen Revolution. Ihr "wuchtiger Auftakt" (Hans-Ulrich Wehler) wird gemeinhin auf die späten 1840er und frühen 1850er Jahre datiert; seinen Abschluss fand er in den 1870er Jahren. Obwohl es auch danach immer wieder Wachstumsstörungen und Krisen in der Konjunktur* gab, gelten die folgenden dreieinhalb Jahrzehnte als Periode der Hochindustrialisierung, in der Deutschland endgültig zum Industriestaat wurde.

Diese Periodisierung bezieht sich nur auf Deutschland. Für andere Länder müssen andere Zeitlinien gezogen werden. So setzte die Industrielle Revolution in England bereits in den 1770er Jahren ein, in Frankreich und Belgien um 1820. Die USA folgten etwa zeitgleich mit Deutschland. Rußland und Japan dagegen erlebten den ersten Industrialisierungsschub (Take-off) nicht vor 1880.

1.1.3 Regionale Ungleichheiten

Warum manche Länder schneller als andere waren, ist nicht aus einer einzigen Ursache heraus zu erklären. Um den Übergang zum Industriesystem erfolgreich zu bewältigen, war nicht nur ein relativ fortgeschrittener wirtschaftlicher Entwicklungsstand notwendig, sondern auch besondere politisch-rechtliche Bedingungen. Letztere legen es nahe, die Herausbildung des Industriekapitalismus im nationalstaatlichen Rahmen zu verfolgen. Zwar gab es auch auf dem europäischen Kontinent schon im späten 18. Jahrhundert Gewerberegionen, deren Wirtschaftskraft und -organisation sich durchaus mit englischen Verhältnissen vergleichen ließen. Zu nennen wären etwa Böhmen und Flandern, Nordfrankreich und das Elsaß, Sachsen, Südwestdeutschland oder das Bergische Land. Trotzdem kam es hier erst sehr viel später als in Manchester oder Süd-wales zum Durchbruch industrieller Massenproduktion.

So wichtig es deshalb ist, am Nationalstaat als industriekapitalistischem Entwicklungsraum festzuhalten, so wenig dürfen die krassen Unterschiede und Ungleichzeitigkeiten im Innern jenes nationalen Raumes übersehen werden. Das galt - und gilt - für England ebenso wie für Frankreich oder Deutschland. Noch heute stehen in demselben Land hoch-industrialisierte Regionen überwiegend agrarisch strukturierten Gebieten gegenüber. Man denke etwa an das Ruhrrevier und Mecklenburg-Vorpommern, an Lothringen und die Provence, an die englischen Midlands und Cornwall. Im 19. Jahrhundert war das Gefälle noch sehr viel stärker ausgeprägt.

Die Herausbildung des Industriekapitalismus, soviel ist gewiss, vollzog sich in Europa weder flächendeckend noch zeitgleich. Ebenso wenig nahm sie einen linearen, stets nach oben weisenden Verlauf. Immer wieder traten Produktions- und Absatzkrisen auf, die teilweise gravierende politische und soziale Wirkungen zeitigten. Und dennoch: Schaut man auf das 19. Jahrhundert als Ganzes, ist der Wachstumstrend im Vergleich zu früher imposant und unübersehbar.

Erarbeiten Sie aus dem Text den Begriff des "Industriekapitalismus".

Erörtern Sie, inwiefern die kapitalistische Industrialisierung im besonderen Maß das Problem von "Gleichzeitigkeit" und "Ungleichzeitigkeit" in der historischen Entwicklung aufwirft?

2. Voraussetzungen kapitalistischer Industrialisierung

2.1 Adam Smith und "der Markt"

Grundvoraussetzung kapitalistischen Wirtschaftens ist der Markt*, der Angebot und Nachfrage vermittelt. Auf dem Markt treten Produzenten und Konsumenten in Kontakt und handeln die Bedingungen aus, unter denen die Ware den Besitzer wechselt. Der Theorie nach basiert der Tausch auf Freiwilligkeit und offener Konkurrenz; Zwang - privat oder staatlich organisiert - gilt als ausgeschlossen.

Der Markt, so wollte es der schottische Moralphilosoph Adam Smith (1723-1790), sollte gleichsam mit unsichtbarer Hand die Beziehungen der Menschen regeln und jedem einzelnen zu seinem Glück verhelfen. Smiths 1776 erschienenes, vielfach wiederaufgelegtes Hauptwerk "The Wealth of Nations" (Der Wohlstand der Nationen) verstand sich als Kampfansage an eine bürokratisch verformte und politisch geplante Wirtschaft, wie sie Zeitgenossen in den Merkantilismus-Konzepten des kontinentaleuropäischen Absolutismus vor Augen stehen mochte. Anders als in Großbritannien suchten die absolutistischen Herrscher Frankreichs, Deutschlands oder Italiens die ökonomische Entwicklung ihrer Länder durch massive Eingriffe und Beschränkungen zu steuern. Staatsfreie Märkte für Kapital, Boden oder Waren konnten sich hier kaum entwickeln. Besonders weit war man von dem entfernt, was Smith als wichtigste Bedingung allgemeinen Wohlstands definiert hatte: einen freien Arbeitsmarkt. Auf all diesen Gebieten war Großbritannien sehr viel fortgeschrittener, sodass es kein Zufall ist, dass die "Bibel des Kapitalismus" einen britischer Autor fand.

2.2 Freie Arbeitsmärkte in der Landwirtschaft

2.2.1 Die Agrarverfassung in England

Dass gerade England zum Schrittmacher industriekapitalistischer Marktwirtschaft wurde, lag nicht zuletzt an seiner Agrarverfassung. In weiten Teilen der Insel gab es bereits um 1750 keine landbesitzende Bauernschaft mehr; die damit eng verbundene agrarische Subsistenzwirtschaft war längst zerfallen. Statt dessen konzentrierte sich der Landbesitz in den Händen einer kleinen Gruppe von Grundeigentümern, die ihre Ländereien verpachtet hatten. Die Pächter wiederum bewirtschafteten sie mit Hilfe von Landarbeitern, Knechten und Kleinstbauern, die sich auf Zeit verdingten und vorwiegend bar bezahlt wurden.

Eine solche Agrarverfassung bot der Herausbildung industriekapitalistischer Produktionsverhältnisse hervorragende Startbedingungen. Da war zum einen die Kommerzialisierung der Landwirtschaft selbst, die zunehmend für den (groß-)städtischen Markt produzierte und, trotz zeitweiliger Engpässe, eine schnell wachsende Bevölkerung zu ernähren verstand. Mindestens ebenso wichtig war jedoch die soziale Komponente jener Verfassung; die Tatsache nämlich, dass sie die Landbewohner lediglich kontraktmäßig an die Scholle band und ihre Mobilität* nicht behinderte.

2.2.2 Organisation der Landwirtschaft in Preußen

Letzteres unterschied England von vielen Staaten des Kontinents. Man muss nicht nur an Russland und das dortige System der Leibeigenschaft denken; auch in Preußen, vor allem in seinen ostelbischen Gebieten, waren der Mobilität der Landbevölkerung noch im 18. und frühen 19. Jahrhundert enge

Grenzen gezogen.

Zwar hatte sich auch hier eine leistungsfähige, exportorientierte Agrarproduktion entwickeln können, die der junkerlichen Herrenschaft satte Einnahmen sicherte. Anders als in England steckte sie jedoch in einem feudalen Korsett, das nur langsam aufgeschnürt wurde. Die ostelbische Gutswirtschaft beruhte eben nicht auf frei vereinbarter Lohnarbeit, sondern auf einem System persönlicher Abhängigkeiten, die von Generation zu Generation weitervererbt wurden. Die gutsuntertänigen Bauern, Knechte, Mägde und Häusler waren nicht nur verpflichtet, dem Gutsherrn einen Großteil ihrer Arbeitskraft zu überlassen. Es stand auch im Belieben des Junkers, ob und wann sie heiraten durften, ob sie den Hof verlassen und einen anderen Dienst aufnehmen konnten.

Solche Beschränkungen individueller Mobilität waren der Herausbildung freier Arbeitsmärkte - als unerlässlicher Bedingung industriekapitalistischer Entwicklung - alles andere als förderlich. Von der deutschen Landwirtschaft gingen denn auch nur wenige Impulse für eine erfolgreiche Industrialisierung aus. Weder erwirtschaftete die Landwirtschaft maßgebliche Investitionsmittel für den Gewerbesektor, noch stellte sie frühzeitig einen aufnahmefähigen Absatzmarkt für industrielle Produkte (z. B. Landwirtschaftsmaschinen) dar. Was ihr hingegen gelang, war die Versorgung der wachsenden Konsumentenzahl - zumindest bis in die 1890er Jahre, als immer mehr Nahrungsmittel eingeführt werden mussten und der Export um das Drei- und Vierfache hinter dem Import zurückblieb.

Diese Versorgungsleistung erbrachte sie, auf einem niedrigen technologischen Niveau, im wesentlichen dank einer extensiven Nutzung der Arbeitskraft. Anstatt wie in England Arbeitskräfte freizusetzen und sie der gewerblichen Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, hielt sie sie bis in die 1850er Jahre hinein fest.

Daran änderten auch die preußischen Agrarreformen wenig. Obwohl beispielsweise die Gutsuntertänigkeit in Preußen 1807/10 abgeschafft wurde und die Junker statt auf Fron- nunmehr auf Lohnarbeit angewiesen waren, setzten sich alte Abhängigkeiten oft nahezu unverändert fort. An die Stelle erbuntertäniger Kleinbauern traten vertraglich gebundene Dienstleute, die als Tagelöhner mitsamt Ihren Familien auf den Gütern Arbeit, Wohnung und Kost fanden. Erst seit den 1860er Jahren ging man verstärkt zu einem System freier, saisonal einsetzbarer Tagelöhner über, mit dem das Gut langfristig billiger zu wirtschaften vermochte.

In diese Zeit fiel denn auch die massenweise Abwanderung ländlicher Unterschichten in die Städte. Als ungelernete Arbeiter füllten sie hier eine "industrielle Reservearmee" auf, die allmählich von den entstehenden industriellen Großbetrieben aufgesogen wurde.

2.3 Protoindustrialisierung, Bevölkerungswachstum, Pauperismus

2.3.1 Protoindustrialisierung

Es waren aber keineswegs nur das abwandernde ländliche Gesinde oder die Nachkommen der überflüssig gewordenen Dienstleute, die die aufblühende Industrie mit Arbeitskräften versorgten. Vielmehr setzte auch das sogenannte protoindustrielle Gewerbe zunehmend Arbeitskräfte frei, die sich dann um industrielle Arbeitsplätze bemühten.

Abseits der großen Städte hauen sich seit dem Ausgang des Mittelalters in vielen Teilen Europas florierende Gewerblandschaften entwickelt. Sie basierten auf der Heimarbeit ländlicher Unterschichten, die von städtischen Verlegerkaufleuten gesteuert und marktmäßig angeschlossen wurde. Besonders erfolgreich war das ländliche Heimgewerbe auf dem Gebiet der Textilherstellung. Gehörte es traditionell zu den Aufgaben bäuerlicher Subsistenzwirtschaft, textile Rohstoffe und

Gewebe für den Eigenbedarf zu bearbeiten und herzustellen, entwickelte sich daraus mit steigender Nachfrage vielerorts eine lebhafte Marktproduktion. Ganze Familien arbeiteten nunmehr auf Rechnung eines Verlegers, der ihnen das Material zur Verfügung stellte und die fertige Ware abnahm.

Auf diese Weise geriet ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung zwar in den Sog konjunktureller Nachfragekrisen und Absatzflauten. Zugleich aber löste er sich aus den engen Fesseln des agrarischen Nahrungsspielraums. Viele Menschen, die als Knechte oder Mägde kaum jemals die Möglichkeit gehabt hätten, zu heiraten und eine Familie zu gründen, konnten das als heimgewerbliche Spinner oder Weber tun. Der von der Landwirtschaft unabhängige Verdienst eröffnete ihnen die Chance, auf einer eigenen "Stelle" zu wirtschaften. Als Mieter kleiner Anwesen waren sie wohl noch mit ländlichen Lebensformen verbunden, scherten jedoch aus den ökonomischen Bezügen und Beschränkungen bäuerlicher Nahrungssicherung aus. Hatte auf nichterbende Bauernsöhne und -töchter vormals nur ein unselbständiges Gesindedasein gewartet, bot ihnen die protoindustrielle Entwicklung einer Region mehr Möglichkeiten. Vor allem legte sie ihnen nahe, eine Ehe einzugehen und einen eigenen Hausstand zu gründen. Schließlich bildete die Arbeitskraft einer ganzen Familie - Frau, Mann und Kinder - die Grundlage heimgewerblicher Existenz.

2.3.2 Bevölkerungswachstum

Indem die Protoindustrialisierung Familiengründungen erleichterte, beförderte sie zugleich ein Bevölkerungswachstum*, das den Anteil landloser und landarmer Schichten an den Bewohnern des "platten Landes" stetig erhöhte. Vor allem seit der Mitte des 18. Jahrhunderts wies die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland außerordentlich hohe Wachstumsraten auf, die hauptsächlich auf das Konto ländlicher Unterschichten gingen. In diesem Prozess wurde die traditionelle Bevölkerungsweise der europäischen Agrargesellschaft zunehmend außer Kraft gesetzt. Jahrhundertlang hatten ein hohes Heiratsalter im Verbund mit einer insgesamt eher geringen Heiratshäufigkeit dazu geführt, dass sich die Bevölkerung nur maßvoll vermehrte. Bestimmte Elemente dieses "demographischen Systems" blieben zwar auch fortan wirksam. So passten sich die landlosen und landarmen Schichten weitgehend an das hohe bäuerliche Heiratsalter an. Anders aber war es mit der Heiratshäufigkeit. Die Tatsache, dass mehr Menschen als früher eine Ehe eingingen und Kinder bekamen, setzte ein Bevölkerungswachstum in Gang, das zu den wichtigsten Bedingungen der Industrialisierung gehörte.

In England, wo die Norm agrarischer Nahrung sehr viel weniger bindend gewesen war als auf dem Kontinent, hatte jene Entwicklung entsprechend früher eingesetzt. Schon 1798 warnte der anglikanische Geistliche Thomas Robert Malthus (1766-1834) hier vor den Gefahren der Überbevölkerung. Seiner Meinung nach wuchs die Bevölkerung schneller als die Möglichkeiten, sie zu ernähren und Arbeitsplätze zu schaffen. Das müsse, so Malthus, auf Dauer zu einer großflächigen Verarmung der englischen Gesellschaft und zu einer rapide steigenden Belastung ihrer wohlhabenderen Mitglieder führen.

In Deutschland fand die These Malthus' von der "relativen Überbevölkerung" seit den 1830er Jahren Verbreitung. Dahinter stand die Beobachtung eines auch statistisch belegten Wachstums der Bevölkerung, vor allem in den ländlichen Regionen. Die schon in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wirksamen Tendenzen hatten sich nach den Agrarreformen des frühen 19. Jahrhunderts noch beschleunigt. So stieg die Einwohnerzahl Preußens zwischen 1816 und 1849 um 59 Prozent, im Zeitraum von 1778 bis 1811 hatte sie sich "nur" um ein Drittel erhöht.

2.3.3 Pauperismus

Am größten war der Bevölkerungsdruck im Osten Deutschlands, wo die Ablösung bäuerlicher

Dienstpflichten den Bedarf an Arbeitskräften enorm gesteigert und zur Einrichtung neuer Familienstellen für Gutstapelöhner geführt hatte. Aber auch in den protoindustriell durchsetzten Gebieten des Westens wuchs die ländliche Bevölkerung in einem Tempo das Beobachter zunehmend irritierte. Das Wort vom Pauperismus, von der Massenverarmung, machte die Runde. Die Zeitgenossen fürchteten sich vor Hungerkrisen. Kaum jemand konnte sich vorstellen, dass die Landwirtschaft die Produktion von Nahrungsmitteln so zu steigern vermochte, wie es dann tatsächlich geschah. Und allgemein war die Ansicht verbreitet, dass die Vermehrung der Erwerbsmöglichkeiten der Vermehrung der Köpfe nicht mehr die Waage halte. Dazu trug nicht zuletzt die Tatsache bei, dass die protoindustrielle Entwicklung zahlreicher Gewerbelandschaften stagnierte. In vielen Regionen kam es gar zu einer Rückentwicklung, bedingt durch schwere Einbrüche in der Konjunktur* oder die wachsende Konkurrenz des Fabriksystems. In dem Maße, wie etwa die englische Textilproduktion auf maschinelle Grundlage umgestellt wurde und immer größere Mengen kostengünstig auf den Markt warf, erwies sich das kontinentale Heimgewerbe als nicht mehr wettbewerbsfähig. Hier gab es langfristig nur eine Alternative: dem englischen Modell zu folgen.

2.4. Staatliche Modernisierungspolitik

2.4.1 Reformen in Preußen

Den Zeitgenossen war sehr wohl bewusst, dass man über kurz oder lang auf das englische Modell zurückgreifen musste, um wettbewerbsfähig zu werden. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts entfaltete sich denn auch ein reger "Industrietourismus" über den Kanal hinweg. Privatleute, Unternehmer, Techniker, aber auch staatliche Beamte reisten auf die Insel, um die Erfolge des englischen Modells vor Ort zu studieren. Vor allem in Preußen stand man den englischen Verhältnissen sehr aufgeschlossen gegenüber. In diesem Staat war der Problemdruck am größten, die Notwendigkeit radikaler Problemlösungen am sinnfälligsten. Nicht nur die demographische Entwicklung weckte Befürchtungen eines drohenden sozialen Kollapses; auch der politisch-militärische Zusammenbruch im Gefolge napoleonischer Eroberungspolitik hatte gezeigt, dass grundlegende Reformen der Wirtschafts- und Sozialverfassung nicht auf die lange Bank geschoben werden durften. Den Reformbeamten, die sich seit 1807 an die Modernisierung des preußischen Staats begaben, war das englische Modell industriekapitalistischer Entwicklung theoretisch geläufig. Die "Bibel des Kapitalismus", Adam Smith "Wohlstand der Nationen", hatte auch in Deutschland begeisterte Aufnahme gefunden. "Seit der Zeit des Neuen Testaments", lobte ein Königsberger Professor, "hat kein Werk segensreichere Wirkungen gehabt."

Die Leitbegriffe dieses Werks- Besitzindividualismus, Leistungsprinzip, Arbeitsteilung, freie Märkte, Konkurrenz -weckten Hoffnungen auch auf dem Kontinent. Dass Smith zudem die Bedeutung positiver staatlicher Interventionen und planmäßiger Nationalerziehung hervorhob, sicherte ihm unter den preußischen Reformern treue Gefolgsleute.

Eingeleitet wurde das, was Historiker die "defensive Modernisierung" nennen, durch das Oktoberedikt von 1807, einer Mischung aus politischem Manifest und nationalökonomischem Programm. An die Stelle einer gebundenen Ständegesellschaft, die jedem Menschen eine feste, durch Geburt erworbene soziale Position zuwies, konnte nun nach und nach eine mobile Marktgesellschaft treten. Dazu passten auch die Ablösung sozialer Abhängigkeitsverhältnisse auf dem Land und der Erlass der Gewerbefreiheit im Jahre 1810.

Vor allem letztere sollte, so die Absichten der Reformbürokratie, die Wirtschaftskraft des Landes

nach englischem und französischem Vorbild stärken und damit zugleich die Steuereinnahmen des Staates erhöhen. Indem die Macht der Zünfte gebrochen und die traditionellen Begrenzungen gewerblicher Produktion aufgehoben wurden, näherte man sich rein rechtlich gesehen dem Ideal einer von freien Wirtschaftssubjekten bevölkerten Gesellschaft. Eben diese Freiheit sollte die Entfesselung aller ökonomisch kreativen Kräfte einleiten und eine dynamische Konkurrenzwirtschaft aus der Taufe heben, die den Wohlstand der Einwohner und die Macht des Staates garantierte.

Der Staat räumte aber nicht nur die rechtlichen Hindernisse beiseite, die der freien Entfaltung wirtschaftlicher Energien entgegenstanden. Er sorgte nicht nur dafür, dass freie Arbeits-, Kapital- und Bodenmärkte entstehen konnten; er schuf auch die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür,

dass sich die einzelnen Wirtschaftsfaktoren miteinander verbinden konnten. Dazu gehörte es zum Beispiel, mit staatlichen Investitionen das Verkehrsnetz zu erweitern und leistungsfähiger zu gestalten. Dazu gehörte des Weiteren der Ausbau des Binnenmarktes durch die Abschaffung von Zollschränken - ein Prozeß, der mit dem 1834 gegründeten Zollverein seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Dazu gehörte auch die Errichtung staatlicher Gewerbeschulen und -akademien, die helfen sollten, den technologischen Vorsprung der englischen Industriekonkurrenz aufzuholen.

Mit all diesen Maßnahmen leistete der Staat einen aktiven Beitrag zur ökonomischen und sozialen Modernisierung des Landes. Stellenweise war er seinen Untertanen bzw. Bürgern in diesem Bemühen sogar voraus. Teile des alten Stadtbürgertums standen den obrigkeitlichen Versuchen, die überkommene genossenschaftliche Struktur des Gewerbes aus den Angeln zu heben und durch privatkapitalistische Verhältnisse zu ersetzen, zutiefst ablehnend gegenüber. Das Ideal einer stabilen Bürgergesellschaft ohne extreme Besitzunterschiede schien ihnen von einer ungehemmten Wirtschaftsentwicklung nach englischem Muster bedroht. Selbst unter Großkaufleuten und frühindustriellen Unternehmern waren die Meinungen über das englische Industriesystem durchaus geteilt. Gerade in den Anfangsjahrzehnten des 19. Jahrhunderts überwog die Kritik an einer Produktionsweise, die sich rücksichtslos über die traditionelle bürgerliche Ordnung hinwegsetzte und in Gestalt riesiger, bindungsloser Arbeitermassen einen sozialen Treibsatz schuf, der jederzeit explodieren konnte. Erst als das Phänomen des Pauperismus* ins öffentliche Bewusstsein drang, schwächten sich die industriekritischen Bedenken ab. Je mehr die ländliche Überschussbevölkerung in die Städte abwanderte und dort die Reihen der besitzlosen, auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesenen Unterschichten anschwellen ließ, desto intensiver suchte man nach Möglichkeiten, diesen Menschen eine dauerhafte wirtschaftliche Existenz zu sichern. Diese Herausforderung leitete allmählich einen folgenreichen Perspektivenwechsel ein. Hatte der entfesselte "Industrialismus" englischer Prägung vielen kontinentalen Beobachtern bisher als Herd ökonomischer Krisen und sozialer Ungleichheit gegolten, erschien er ihnen nun zunehmend als zentrales Mittel zur Eindämmung des Pauperismus. Nur eine forcierte Industrialisierung, so meinte man jetzt, könne den wachsenden Menschenmassen Arbeit und Brot geben. Auch wenn dabei, wie es der Kölner Großkaufmann Gustav Mevissen prophezeite, ein "Durchgangspunkt voller Elend, voll gänzlicher Verkennung der gemeinschaftlichen Interessen aller" durchschritten werden müsse, sei dieser Weg doch ohne Alternative.

· Erarbeiten Sie aus diesem Abschnitt die Voraussetzungen des industriellen "Take-off" vor allem in Deutschland, und gewichten Sie die einzelnen Elemente.

· Informieren Sie sich anhand des Textes von Adam Smith über die Funktion des Staates in der liberalen Wirtschaftstheorie, und beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die preußischen Reformen.

3. Der Industriekapitalismus als Sozioökonomisches System: Wachstum und Strukturwandel

3.1 Das Wachstum und seine Indikatoren

Von der Industrialisierung erwarteten optimistisch gesinnte Zeitgenossen vor allem Wachstum: die Zunahme von Arbeitsplätzen und Erwerbsmöglichkeiten, die Steigerung der Produktivität, die Erhöhung von Produktions-, Umsatz- und Gewinnraten. Die tatsächlich eintretenden Wachstumsprozesse gingen aber auch mit einem tiefgreifenden ökonomischen Strukturwandel einher. Dieser setzte große gesellschaftliche Umwälzungen und schmerzhaftes Anpassungsprozeduren in Gang und veränderte die Lebenswelt des Menschen innerhalb weniger Generationen bis zur Unkenntlichkeit.

Ökonomen benutzen verschiedene Indikatoren, um wirtschaftliches Wachstum zu messen. Da ist zum einen die statistische Größe des Sozialprodukts*, der Summe aller Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Unternehmertätigkeit und Vermögen. Lag es in Deutschland um 1800 noch bei schätzungsweise 250 Mark pro Kopf, stieg es bis 1870 auf 347 Mark und erreichte im Jahre 1913 pro Kopf 726 Mark. Schaut man genauer hin und unterscheidet nach den einzelnen Wirtschaftsbereichen, stellt sich heraus, dass dieses Wachstum keineswegs überall gleich verlief. So verbuchte die in der Landwirtschaft erzielte Wertschöpfung in Deutschland zwischen 1850 und 1913 einen Zuwachs von 250 Prozent. Die Wertschöpfung des sekundären Sektors (Bergbau, Industrie und Handwerk) dagegen erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 1116 Prozent, die des tertiären Sektors (Handel, Verkehr, Banken und andere Dienstleistungen) um 500 Prozent.

Die größten Wachstumsraten wies folglich das produzierende Gewerbe auf. Nicht alle Branchen expandierten jedoch im gleichen Tempo: Stieg das Produktionsvolumen der Baumwollweberei zwischen 1835 und 1870 um gut 500 Prozent, erhöhte sich die Roheisenerzeugung um fast 900, die Braunkohleförderung um 950 und die Eisenerzförderung gar um 1242 Prozent. Noch größer war der Anstieg bei der Erzeugung von Kupferfarben: Zwischen 1848 und 1870 betrug er 1342 Prozent!

Die Textilindustrie blieb demnach in ihrem Wachstum weit hinter Bergbau-, Metall- und Chemieindustrie zurück - ein wichtiger Unterschied zu England, wo sie den Führungssektor der Industrialisierung gestellt hatte. Anders als in England wurden in Deutschland die Eisenbahnen zum entscheidenden Antrieb der Industrialisierung. Das zeigt sich z. B. daran, dass 1851 nur etwas mehr als 4 Prozent aller im Maschinenbau Beschäftigten für das Textil- und Bekleidungs-gewerbe arbeiteten, aber fast 20 Prozent für den Eisenbahnbau. Sein Bedarf an Schienen, Zugmaschinen und Waggons setzte eine beispiellose Produktionssteigerung in Gang. Die Zahl der preußischen Maschinenfabriken etwa versiebenfachte sich zwischen 1852 und 1875 beinahe, die Zahl der dort beschäftigten Arbeiter stieg um das Sechzehnfache. Besonders eindrucksvoll war die Entwicklung der Kruppschen Gusstahlfabrik. 1822 gegründet, beschäftigte sie im Jahre 1835 nur 67 Personen, 1873 dagegen knapp 12.000.

Überhaupt nahm die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe rasant zu: von etwa 2,2 Millionen im Jahre 1800 auf 9,5 Millionen hundert Jahre später. Noch viel beachtlicher als diese Steigerungsrate war jedoch der Produktivitätsanstieg, der in dieser Zeit zu verbuchen war. Nicht allein produzierten immer mehr Menschen immer mehr Waren, sondern jeder einzelne arbeitete immer effektiver. So erhöhte sich etwa die Produktivität im Textil- und Bekleidungs-gewerbe zwischen 1800

und 1913 um mehr als das Fünffache. Ursache war vor allem der vermehrte Einsatz von Maschinen, jener "wohlerzogensten, fleißigsten und willigsten Geschöpfe", die nach Auskunft des Statistikers Ernst Engel 1875 überall, wo sie standen, "Glück und Segen" brächten.

Maschinen erleichterten die Arbeit und verkürzten die Zeit, die zur Herstellung eines Produkts notwendig war. Damit verbilligten sie es auch - ohne dass die Einsparung aber in gleicher Höhe an die Verbraucher weitergegeben wurde. So lagen die Preise für Textilerzeugnisse im Jahre 1913 ungefähr auf demselben Niveau wie 1830, obwohl die Produktivität inzwischen immens gestiegen war. Da die Löhne der Beschäftigten hinter dem Anstieg der Produktivität weit zurückblieben, die Preise für Textilrohstoffe sogar gesunken waren, kann man darauf schließen, dass Textilunternehmer (und nicht nur sie) im 19. Jahrhundert enorme Gewinne realisierten.

Ein weiteres Kennzeichen des industriekapitalistischen Wachstumsprozesses ist es, dass ein erheblicher Teil jener Gewinne wieder investiert wurde und damit zu erneuten Produktionserweiterungen, Produktivitätszuwächsen und Gewinnsteigerungen führte. Dieser expansive Kreislauf ist gemeint, wenn man vom Industriekapitalismus als einem System "selbstgeregelten industriellen Wachstums" spricht. Das schließt nicht aus, dass es auch Einbrüche und Stagnation gab. Im großen und ganzen jedoch war der Aufwärtstrend ungebrochen, und er war sowohl in seiner Ste-tigkeit als auch in seinem Ausmaß historisch ohne Beispiel.

3.2 Gesellschaftlicher Strukturwandel

Die Wirtschaftsentwicklung des 19. Jahrhunderts zeichnen sich nun aber nicht nur dadurch aus, dass immer mehr Waren und Dienstleistungen immer schneller produziert und rascher umgesetzt wurden. Mit diesem Wachstumsprozess ging auch ein struktureller Wandel einher. Er be-schränkte sich keineswegs auf die Ökonomie, sondern bezog nach und nach alle Bereiche menschlicher Lebenswelten und Erfahrung ein.

3.2.1 Veränderungen in der Wirtschafts- und Berufsstruktur

Zunächst führte die rapide Industrialisierung dazu, dass sich das Verhältnis der einzelnen Wirtschaftssektoren zueinander nachhaltig verschob. Das zeigt sich bereits bei einem ersten Blick auf die gewerbliche Produktion selbst. Gliedert man sie nach ihrer Organisationsform in Hand-werk, Verlag und Fabrik (einschließlich Manufaktur und Bergbau), lässt sich eine großflächige Umschichtung beobachten: Immer mehr Beschäf-tigte des gewerblichen Sektors arbeiteten in Fabriken, immer weniger - relativ zur Gesamtzahl - in Heimgewerbe (Verlag) oder Handwerk. Gal-ten um 1 ~00 noch der städtische Handwerker und die ländliche Heimweberfamilie als typische Repräsentanten des Gewerbes, waren um 1900 Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen an ihre Stelle getreten.

Ähnlich dramatische Strukturveränderungen werden erkennbar, wenn man die Gesamtwirtschaft ins Auge faßt, vor allem das Verhältnis von Landwirtschaft und produzierendem Gewerbe. Wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch fast die Hälfte des Volkseinkommens in der Land-wirtschaft erwirtschaftet, war es hundert Jahre später nur noch ein knappes Drittel. Dem entsprach ein drastischer Rückgang des Beschäftigten-anteils von 62 Prozent im Jahre 1800 auf 35 Prozent 1907 - und das, obwohl die landwirtschaftliche Produktion insgesamt und die absolute Zahl der dafür benötigten Arbeitskräfte erheblich stiegen. Relativ zu anderen Wirtschaftssektoren jedoch ging die Bedeutung des Agrarsektors deut-lich zurück. Das äußerte sich auch darin, dass immer weniger

Menschen auf dem Land lebten. Um 1830 wohnten 92,3 Prozent aller Einwohner des Deutschen Bundes in Dörfern und Kleinstädten, nur 1,3 Prozent in Großstädten mit über 100.000 Einwohnern. Achtzig Jahre später sah das Bild ganz anders aus: Ein gutes Fünftel der Bevölkerung des Deutschen Reiches ballte sich in Großstädten, und nur noch rund 40 Prozent wohnten in kleinen Landgemeinden.

3.2.2 Verstädterung und Mobilität

Schaut man sich einzelne Städte an, tritt die Umschichtung noch plastischer hervor. Berlin zum Beispiel, bis 1871 die Hauptstadt Preußens und danach die des neugegründeten Deutschen Reichs, hatte um 1815 knapp 200.000 Bewohner, 1910 bereits über zwei Millionen. Besonders rasant war das Bevölkerungswachstum jedoch in Ruhrgebietsstädten. Sie waren zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch Dörfer oder kleine Ackerbürgerstädte mit wenigen tausend Einwohnern gewesen. Die um die Jahrhundertmitte einsetzende Industrialisierung ließ sie dann binnen weniger Jahrzehnte zu Großstädten werden, in denen Hunderttausende von Menschen Arbeit und Wohnung fanden.

Woher kamen diese Menschen? Ein großer Teil des Zuwachses ging auf das Konto dessen, was Bevölkerungswissenschaftler Wanderungs-gewinn nennen. Das Ruhrgebiet, aber auch viele andere Städte des Deutschen Reichs profitierten ganz erheblich von der zunehmenden räumli-chen Mobilität* der Bevölkerung. Sie nahmen jene Männer und Frauen auf die auf der Suche nach Arbeitsplätzen ihre ländliche Heimat verließen und ihr Glück in den Zentren der Industrialisierung suchten.

Auch das war Teil jenes großen Umwälzungsprozesses, der das 19. Jahrhundert charakterisiert: Menschen setzten sich in Bewegung, über-schritten regionale und nationale Grenzen, um besser leben zu können. Mehrere Millionen Deutsche wanderten nach Übersee aus, ließen sich in Nord- und Südamerika oder in Australien nieder, wo sie mehr politische Freiheit und ökonomische Sicherheit erwarteten als in der Heimat. Pol-nische Arbeiter zogen ins Ruhrgebiet, böhmische Arbeiterinnen nach Ostwestfalen. Pendlerexistenzen nahmen zu, wie beispielsweise bei den westfälischen Arbeiterbauern, die den Großteil des Jahres in den Hüttenbetrieben des Dortmunder Reviers verbrachten, während Frauen und Kinder daheim blieben und die kleine Landwirtschaft besorgten.

Erleichtert wurde die neue Mobilität durch deutlich verbesserte Verkehrsverhältnisse. Allen voran trug die Eisenbahn dazu bei, nicht nur Waren, sondern auch Menschen schneller von Ort zu Ort zu transportieren: So verzehnfachte sich die Summe der von allen Fahrgästen zurückgelegten Kilometer zwischen 1870 und 1913. Ein weiteres Indiz für erhöhte Mobilität und verdichtete Kommunikation war die Entwicklung des Postwe-sens: Wurden 1872 schätzungsweise 500 Millionen Briefe befördert, waren es 1913 bereits mehr als sieben Milliarden.

Hauptgewinner dieses Mobilitätsanstieges waren, wie bereits erwähnt, die städtischen Verkehrsknotenpunkte und Industrialisierungszentren. Durchschnittswerte verdecken allerdings, dass das Wachstum von "Industriedörfern" wie Hamborn oder Gelsenkirchen sehr viel stärker von Zu-wanderungen abhing als der Bevölkerungsanstieg lange etablierter Gewerbestandorte und Handelsstädte.

3.2.3 Das "natürliche" Bevölkerungswachstum

Erst dann, wenn ein bestimmter Bevölkerungsstand vorhanden war, konnte der zweite gewichtige Wachstumsfaktor greifen, und zwar das so ge-nannte "natürliche" Bevölkerungswachstum*. Es ergab sich aus dem Überschuss der Geborenen über die Gestorbenen - eine Differenz, die sich im 19.

Jahrhundert stetig und nach 1871 geradezu sprunghaft vergrößerte.

Fragt man nach den Ursachen des "natürlichen" Bevölkerungswachstums, darf man keine einfache Antwort erwarten. Dass im 19. Jahrhundert, und zwar mit zunehmender Tendenz, mehr Menschen geboren wurden als starben, lag vor allem daran, dass die Sterblichkeitsrate deutlich zurückging. Kamen 1872 noch 29 Todesfälle auf 1000 Einwohner, waren es 1913 nur noch 15. Immer mehr Menschen erreichten ein relativ hohes Alter, immer weniger wurden in jungen Jahren von Seuchen oder Krankheiten dahingerafft. Das lag weniger an den - in dieser Zeit noch sehr zögerlichen - Fortschritten der Medizin als an verbesserten Lebens- und Ernährungsverhältnissen. Auch die Intensivierung der öffentlichen Hygiene, zunächst in den Städten, trug dazu bei, dass mehr Menschen älter wurden. Zu Buche schlugen hier vor allem eine zentrale, amtlich überwachte Trinkwasserversorgung und der Ausbau der Abwasserkanalisation im Kaiserreich.

Angesichts dieser erfolgreichen Verringerung der Sterblichkeit vornehmlich seit den 1870er Jahren war ein schnelles Wachstum der Bevölkerung bereits vorprogrammiert, ohne dass es dazu einer außerordentlichen Steigerung der Geburtenziffern bedurft hätte. Eine solche Steigerung gab es auch nicht, im Gegenteil: Bereits seit 1877 sank die Geburtenziffer. Hatte sie 1876 noch 40,9 auf 1000 Einwohner betragen, lag sie 1913 bei 27,5.

Das Bevölkerungswachstum der Kaiserzeit ist indes nicht allein auf sinkende Sterblichkeitsraten zurückzuführen. Entscheidend trug dazu bei, was Bevölkerungswissenschaftler eine "hohe Fertilität" (Zahl der Lebendgeburten pro 1000 Frauen im gebärfähigen Alter) nennen. Erst die hohe Fertilität führte zu Geburtenüberschüssen, die bewirkten, dass sich die Bevölkerung des Kaiserreichs letztlich um 65 Prozent vermehrte.

Kinderreichtum und eine höhere Lebenserwartung waren die entscheidenden Faktoren für den rapiden Bevölkerungsanstieg. Für die Herausbildung des Industriekapitalismus war dies Antrieb und Voraussetzung gleichermaßen. Zum einen wäre der Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften, der von einer stetig expandierenden Ökonomie ausging, anderweitig kaum zu decken gewesen; andererseits aber hätte die wachsende Bevölkerung ohne eine solche wirtschaftliche Expansion gar nicht ernährt werden können. Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung liefen demnach zunehmend Hand in Hand. Das läßt sich nicht zuletzt an der zurückgehenden Zahl der Auswanderer - heute würde man sie Wirtschaftsflüchtlinge nennen - ablesen. Hatten zwischen 1850 und 1860 rund 1,1 Millionen Deutsche ihre Heimat verlassen, waren es im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts nur noch etwa 280000.

3.3 Der Kampf um Märkte

3.3.1 Absatzmärkte

Das Deutsche Reich bzw. seine Vorläuferstaaten exportierten somit immer weniger Menschen, dafür aber immer mehr Waren. Längst nicht alles, was im Lande produziert wurde, fand hier auch Abnehmer. Zwar hatte sich der Binnenmarkt im Laufe des 19. Jahrhunderts enorm ausgeweitet, wie am Beispiel der Metall- und Maschinenbauindustrie deutlich wurde. Bau und Betrieb eines weitflächigen innerdeutschen Eisenbahnnetzes erzeugten einen Bedarf an Eisen und Maschinen, der die Produktionskapazität der Lieferfirmen zunächst sogar überforderte. Besonders Lokomotiven mussten daher aus dem Ausland, vornehmlich England, eingeführt werden. Erst nach der Jahrhundertmitte waren die deutschen Maschinenfabriken leistungsfähig genug, um die Inlandsnachfrage selbst zu decken. Bald produzierten sie mehr, als der Binnenmarkt aufnehmen konnte. Deshalb sahen sie sich im Ausland nach Absatzmärkten um. Krupp exportierte in den 1870er und 1880er Jahren fast zwei Drittel seiner Produktion in andere Länder, z. B. in die USA, wo sich die Firma am Ausbau des Eisenbahnsystems beteiligte.

Betrachtet man die Statistik des deutschen Außenhandels im 19. Jahrhundert, tritt die zunehmende Exportorientierung des produzierenden Gewerbes klar zutage. Um 1830, also vor dem industriellen *Take-off* machten Halb- und Fertigwaren nur ein knappes Fünftel des deutschen Exports aus, im Jahre 1913 bereits drei Viertel. Auch auf der Importseite zeichneten sich Strukturveränderungen ab. Abgesehen davon, dass Deutschland immer mehr Nahrungsmittel einführen musste, stiegen auch die Rohstoffimporte steil an. Die deutsche Industrie war also nicht nur auf ausländische Absatzmärkte, sondern auch auf ausländische Rohstoffmärkte angewiesen.

3.3.2 Internationale Konkurrenz

Damit stand sie nicht allein. Rasant zunehmende Außenhandelsvolumen waren allen Industriestaaten gemein. Die Vorreiterrolle nahm auch hier Großbritannien ein, das aufgrund seines Industrialisierungsvorsprungs den Welthandel zunächst relativ unangefochten dominierte. Je mehr Staaten dem englischen Modell jedoch nacheiferten, desto heftiger wurden die internationalen Verteilungskämpfe um Rohstoff- und Exportmärkte. Dank seines riesigen Kolonialbesitzes brauchte sich das britische Empire darum nicht zu sorgen. Anders sah die Situation für Frankreich und Deutschland aus, die mit entsprechendem "Säbelrasseln" um die noch nicht verteilten Stücke des Weltkuchens konkurrierten. Industrialisierung und Imperialismus hingen eng zusammen.

Dass das Deutsche Reich im Streit um Kolonien schlecht abschnitt, bedeutete für seine wirtschaftliche Entwicklung letztlich keinen Schaden, im Gegenteil: In dem Maße, wie sich die Industrie nicht auf feste, politisch garantierte Außenmärkte verlassen konnte, musste sie sich verstärkt um internationale Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität bemühen. Dieser Innovationsdruck sollte sich im 20. Jahrhundert, gerade im Vergleich zu Großbritannien, auszahlen.

- Erläutern Sie die Begriffe des "Wachstums" und Wandels als konstitutive Bedingungen des Industriekapitalismus. Beachten Sie dabei auch die Bedeutung der Technik.
- Die Sozialistin Rosa Luxemburg (1870-1919) hat die These vertreten, dass die ungleichzeitige regionale Entwicklung in der Welt und der Imperialismus lebensnotwendige Bedingungen für den Kapitalismus seien. Überprüfen Sie diese These anhand der Darstellung.

4. Folgen und Begleiterscheinungen kapitalistischer Industrialisierung

4.1 Soziale Ungleichheit in der Klassengesellschaft

4.1.1 Klassen und Konflikte

Schon unter seinen Zeitgenossen galt der entstehende Industriekapitalismus als ein System eingebauter sozialer Konflikte. Nicht die "gemeinschaftlichen Interessen aller", so der Großkaufmann und liberale Politiker Gustav von Mevissen (1815-1899), bildeten sein Lebenselixier, sondern der rücksichtslose Eigennutz der einzelnen, die mit- und gegeneinander konkurrierten. Im wesentlichen standen sich dabei zwei große Interessengruppen gegenüber: Kapitalbesitzer und Arbeiter*. "Lohnarbeit und Kapital" - um diese beiden Pole organisierte sich die kapitalistische Klassengesellschaft, die sich als Folge und Begleiterscheinung der Industrialisierung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts immer deutlicher herauszuschälen begann.

Schon Friedrich Engels, Wuppertaler Fabrikantensohn und langjähriger Mitstreiter von Karl Marx, hatte 1845 mit Blick auf England davon gesprochen, dass die "wichtigste Frucht" industrieller Umwälzung "das englische Proletariat*" sei. Damit meinte er die allein von ihrem Arbeitslohn lebenden Fabrikarbeiter, die zum Haupttypus unselbständiger Gewerbetreibender geworden waren und alle anderen Typen -Handwerksgesellen, Heimarbeiter, gewerbliches Gesinde- an den Rand drückten. Ihren Gegenpart bildeten die "reichen Kapitalisten", auch "Bourgeois" genannt. Ihnen gehörten die "kolossalen Etablissements", in denen die Arbeiter Beschäftigung fanden. Sie verfügten über das Kapital, aber auch über technisches Wissen und Marktkenntnisse. So konnten sie Investitionen tätigen, den Absatz der produzierten Waren organisieren und Produktinnovationen in Gang setzen. Die Gewinne, die ihnen diese Tätigkeiten und Fähigkeiten zuführten, lagen um ein Vielfaches höher als die Summe der kargen Arbeitslöhne, die ihre Arbeiter nach Hause trugen. Schon Engels sagte deshalb der englischen Gesellschaft einen baldigen "Krieg der Armen gegen die Reichen" voraus. Eine friedliche Lösung hielt er für ausgeschlossen:

"Die Klassen sondern sich schroffer und schroffer, der Geist des Widerstandes durchdringt die Arbeiter mehr und mehr, die Erbitterung steigt."

Erbitterung und Widerstand richteten sich auch gegen die sozialen Herrschaftsverhältnisse, in denen sich die industriekapitalistische Produktion abspielte. Unternehmer und Arbeiter* standen sich eben nicht als gleichgewichtige Vertragspartner gegenüber, sondern ihr Verhältnis war hierarchisch und asymmetrisch. Die Asymmetrie drückte sich nicht nur in der Fabrik aus, wo die unternehmerische Herrschaft am krassesten ausgeprägt war. Sie zeigte sich auch im sozialen und politischen Bereich.

Jener Herrschaftsaspekt war aus dem Begriff Klasse* nicht wegzudenken. Darauf machte nicht zuletzt seine dualistische Struktur aufmerksam. Man sprach von Klasse immer im Zusammenhang mit Gegensätzen, mit Konfrontation und Kampf. Geradezu "klassisch" findet sich diese Begrifflichkeit im Kommunistischen Manifest von 1848: "Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große einander direkt gegenüberstehende Klassen - Bourgeoisie und Proletariat."

Dieses Bild des Kommunismus* von einer antagonistischen Klassengesellschaft war im 19. Jahrhundert weit verbreitet. Überall sprach man, spätestens seit den 1840er Jahren, von "arbeitenden" und "besitzenden", "unteren" und "höheren" Klassen. Zwar stimmten nicht alle der Marx-schen Behauptung zu, wonach es in der modernen Gesellschaft nur noch zwei Klassen gebe und alle anderen gesellschaftlichen Gruppierungen letztlich darin aufgingen. Darüber allerdings, dass die Gesellschaft des 19. Jahrhunderts nach Klassen gegliedert sei, herrschte all gemeine Übereinstimmung.

4.1.2 Auflösung der ständischen Ordnung

Was war neu an dieser Gliederung? Immerhin hatte sich auch die vormoderne Gesellschaft nicht durch eine egalitäre Ordnung ausgezeichnet, die Lebenschancen und -risiken für alle gleich verteilte. Vielmehr waren soziale Über- und Unterordnungen hier sogar rechtlich fixiert gewesen. Der Theorie nach gehörte jeder Einwohner einem bestimmten Stand an, war entweder Bauer, Bürger oder Adliger. Als Standesmitglied kamen ihm bestimmte, traditionell vorgegebene Rechte und Pflichten zu, eine bestimmte Form des Einkommens, der politischen Teilhabe und der sozialen Ehre. In ihrem Inneren war die ständische Gesellschaft hierarchisch aufgebaut. Es war selbstverständlich, dass der Adel größere politische Herrschaftsrechte als Bauern oder Bürger* besaß und dass seine Ehre um ein Vielfaches höher taxiert wurde. Gegen diese Ausprägungen sozialer, politischer und ökonomischer Ungleichheit erhob sich erstaunlich wenig Protest. Zwar kam es hin und wieder zu Unruhen, vor allem auf Seiten von Bauern und Handwerksgesellen. Ihr Unmut richtete sich aber nicht gegen die Ständepyramide als solche, sondern gegen das, was sie als unzumutbaren Angriff auf ihr "altes Recht"

empfanden. Mit anderen Worten: Sie hatten nichts dagegen, die Basis der Pyramide zu bilden, bestanden aber darauf, dass die ihnen damit zukommenden Rechte und Verbindlichkeiten nicht angetastet wurden.

Gefahr drohte der ständischen Sozialverfassung von außen: von denen, die nicht dazugehörten. Bereits im ausgehenden 18. Jahrhundert, als das Preußische Allgemeine Landrecht (1794) die Gliederung des Untertanenverbandes in Bauern, Bürger und Adlige noch einmal festschrieb, war jedem unvoreingenommenen Beobachter klar, dass ein großer und wachsender Teil der Bevölkerung darin keinen Platz mehr fand. Wenn um 1800 die Mehrheit der Landbevölkerung aus landarmen oder landlosen Familien bestand, wenn in den Städten die Zahl der weder mit Bürger- noch mit Zunftrechten ausgestatteten Tagelöhner rasant anstieg, bedeutete das, dass die ständische Gesellschaftsordnung gleichsam von unten ausgehöhlt wurde.

Unterstützt wurde dieser Prozess von der staatlichen Reformgesetzgebung, die im frühen 19. Jahrhundert einen Großteil ständischer Bindungen und Privilegien abschaffte und damit den rechtlichen Rahmen für die Herausbildung einer Markt- und Eigentümergeellschaft schuf. Noch "de-struktiver" wirkte die beginnende Industrialisierung, die die Menschen anfangs noch zögernd, dann aber mit immer größerer Wucht aus ihren traditionellen Lebensformen herauslöste und in neue soziale, ökonomische und politische Zusammenhänge stellte.

4.1.3 Klassenlage und Marktlage

"Vom Stand zur Klasse" - so haben Historiker diese sozial-geschichtliche Umwälzung umschrieben. Sie griffen dabei auf theoretische Konzepte zurück, die bereits von Sozialwissenschaftlern des 19. und frühen 20. Jahrhunderts entwickelt worden sind: von Karl Marx vor allem und von Max Weber (1864-1920) dem Gründervater der deutschen Soziologie. Weber hatte Klassen, im Unterschied zu Ständen, an die Existenz von Märkten gebunden. Nur unter den Bedingungen von Güter- oder Arbeitsmärkten könnten Klassen entstehen, die durch gemeinsame ökonomische Besitz- bzw. Erwerbsinteressen ihrer Mitglieder gekennzeichnet seien. Diese Definition entsprach den Gegebenheiten der industriekapitalistischen Marktgesellschaft, wie sie sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts immer klarer herauskristallisierten. Über Lebenschancen und -risiken eines Menschen entschieden nicht mehr ständische Zuordnungen, sondern Marktpositionen und Eigentumstitel. Je nachdem, ob jemand nur seine Arbeitskraft auf dem Markt anzubieten hatte oder darüber hinaus noch mit besonderen fachlichen Qualifikationen aufwarten konnte, verbesserten sich seine wirtschaftliche Lage und sein sozialer Status. Die Besitzer von Produktionsmitteln wiederum befanden sich von vornherein in einer überlegenen Marktposition. Sie diktierten die Bedingungen, unter denen sie die gekaufte Arbeitskraft nutzten und verwerteten; sie übten eine umfassende Herrschaft über ihre Arbeiter aus, und sie verfügten in der Regel über den gesellschaftlichen und politischen Einfluss, diese Herrschaft auf Dauer zu sichern.

Auch die nachständische Klassengesellschaft installierte demnach soziale Ungleichheiten großen Stils. So manchem Zeitgenossen schienen sie sogar größer als in der alten Gesellschaft. Vor allem das Los der "Proletarier" galt ihnen als Anklage gegen das neue System. Besonders in der Phase der Frühindustrialisierung häuften sich kritische Berichte über den schlechten Gesundheitszustand der Fabrikarbeiter, über ihre un-menschlichen Arbeitsbedingungen, über ihre erbärmlichen Wohnungen und ihre karge Ernährung. In der Tat lagen die Löhne auf niedrigem Niveau, waren die Arbeitszeiten lang und die körperliche Beanspruchung hoch. Gerade in den zuerst maschinisierten Baumwollspinnereien herrschten kaum erträgliche Arbeitsbedingungen, die auch Frauen und Kindern zugemutet wurden. Die Fabrik als Ort industrieller Produktion führte die verstreut arbeitenden Produzenten zusammen; sie unterwarf sie einem strikten, vom Fabrikherrn vorgegebenen Zeitreglement und einer harten Arbeitsdisziplin. Sie nahm keine Rücksicht auf individuelle

Befindlichkeiten und Vorlieben, sondern legte Wert auf Uniformität und gehorsame Leistung.

4.1.4 Gegenwelten

Angesichts der schlechten Arbeitsverhältnisse träumten sich viele Kritiker in eine vorindustrielle Idylle zurück, die es allerdings kaum jemals gegeben hatte. Friedrich Engels etwa kontrastierte die Lage des englischen Industrieproletariats mit der "romantisch gemütlichen" Existenz seiner Vorfahren, die als ländliche Spinner und Weber "ein rechtschaffenes und ruhiges Leben in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit" geführt hätten. Die Schilderung vorindustrieller Verhältnisse war sicherlich übertrieben und geschönt. Gerade deshalb aber vermittelt sie einen anschaulichen Eindruck davon, wie stark Zeitgenossen den Bruch empfanden, der mit der Einführung des Fabriksystems verbunden war.

Nicht nur viele bürgerliche Zeitgenossen, auch die potentiellen Arbeiter standen dem neuen System kritisch-ablehnend gegenüber. Handwerks-gesellen, die an eine freiere Zeitökonomie gewöhnt waren, beugten sich nur widerwillig dem strengen Arbeitsrhythmus der Fabrik. Auch die fort-geschrittene, durch den Einsatz von Maschinen geförderte Arbeitsteilung missfiel ihnen, fühlten sie sich davon doch in ihrer Qualifikation abge-wertet und zu einem bloßen Rädchen im Maschinengetriebe degradiert. Nicht immer konnten industrielle Unternehmer daher aus einem großen Arbeitskrätereservoir schöpfen. Zuweilen mussten sie Werber in weit entlegene Gebiete schicken, um die benötigten Arbeitskräfte zu rekrutieren. Sie mussten höhere Löhne zahlen und durch zusätzliche Sozialleistungen dafür sorgen, dass die Belegschaft nicht zur Konkurrenz abwan-derte. Je knapper die Arbeiter, desto günstiger war, dem Gesetz von Angebot und Nachfrage folgend, ihre Marktposition.

4.1.5 Von der Klassenlage zum Klassenhandeln: "Arbeiterkoalitionen und "Proletariat"

Arbeiter erreichten eine weitere Verbesserung ihrer Marktposition dadurch, dass sie Koalitionen bildeten. Als einzelne -diese Erfahrung machten sie schnell- konnten sie gegen den Unternehmer kaum etwas ausrichten. Schlossen sie sich hingegen zusammen und vertraten ihre Interessen gemeinsam, waren sie sehr viel mächtiger. Sie verfügten dann sogar über ein gewichtiges Mittel, ihren Forderungen Gehör zu verschaffen: die zeitlich befristete Arbeitsniederlegung, den Streik. "Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will" - dieser Slogan der späteren Arbeiter-bewegung wurde seit den 1850er Jahren in zahlreichen Einzelaktionen ausprobiert.

Erst die Organisation, der Zusammenschluss zum Zweck kollektiver Interessenvertretung, ließ die Arbeiter zu einer wirklichen Klasse werden. Klassen, hatte Max Weber definiert, seien noch nicht unbedingt "Gemeinschaften", sondern "stellten nur mögliche (und häufige) Grundlagen ei-nes Gemeinschaftshandelns" dar. Damit ein solches Handeln möglich wurde, bedurfte es außer einer gemeinsamen Klassenlage der intellektuellen und emotionalen Einsicht in ihre gesellschaftliche "Bedingtheit und Wirkung". Erst dann könne der "Kontrast der Lebenschancen als etwas nicht schlechthin Gegebenes und Hinzunehmendes" empfunden und kollektiv kritisiert werden. Als "das wichtigste historische Beispiel" einer solchen "Vergesellschaftung" erwähnte Weber das "moderne ‚Proletariat'". Sein "Klassenhandeln" nahm in Deutschland seit den 1840er Jahren Gestalt an. Ganz allmählich bildeten sich von Unternehmern und Staat heftig bekämpft, Arbeitervereine, Gewerkschaften und schließlich, in den 1860er Jahren Arbeiterparteien. Die industriekapitalistische Klassengesellschaft gewann politische Konturen, die Fronten klärten sich, der or-ganierte Widerstand nahm zu. Nur dieser Organisation war es zu verdanken, dass sich die "Klassenlage" der Arbeiter langfristig verbesserte dass die Reallöhne stiegen, die Arbeitszeiten sanken, die

Arbeiterschutzmaßnahmen intensiviert wurden. Auch der in den 1880er Jahren beginnende Auf- und Ausbau einer staatlichen Sozialpolitik, die die beschäftigungsbedingten Risiken der Arbeiterschaft zu mindern suchte, wäre ohne die Existenz einer oppositionellen Arbeiterbewegung, undenkbar gewesen. Es gelte, meinte Reichskanzler Otto von Bismarck 1881 im Zusammenhang mit der sozialen Frage* und mit Blick auf die Sozialdemokratie, "die Ursachen des Sozialismus, insoweit ihnen eine Berechtigung beiwohnt, zu beseitigen". Die "Vorwände, die zur Aufregung der Massen benutzt werden, die sie für verbrecherische Lehren erst gelehrt machen", müßten durch eine "positive" Politik, z. B. Gesetze zur Sozial- und Unfallversicherung, aus dem Weg geräumt werden. Solche Zugeständnisse wären ohne die organisierte Marktmacht der Arbeiter wohl kaum jemals zustande gekommen. Die Entwicklung einer positiven Klassenidentität und die Herausbildung solidarischen Klassenhandelns seitens der Arbeiter waren demnach in Deutschland die Voraussetzungen dafür, dass sich die krassen sozialen Ungleichheiten der industriekapitalistischen Klassengesellschaft mit der Zeit abschwächten - ohne doch jemals ganz zu verschwinden.

4.2 Naturaneignung und Umweltzerstörung

Der industrielle Kapitalismus begründete nicht nur eine neuartige Form der Herrschaft des Menschen über den Menschen mit typischen Klassenidentitäten, Klassengegensätzen und Klassenkämpfen. Er installierte auch eine vorher unbekannte Herrschaft des Menschen über die Natur.

Viele Jahrzehnte lang stand diese Herrschaft ganz im Schatten der Klassenherrschaft. Erst seit den 1980er Jahren rückte sie mehr und mehr ins Licht der Öffentlichkeit. Mit dem neuen Umweltbewusstsein stieg auch das Interesse an Umweltgeschichte. Anders als die Sozialgeschichte aber, die seit den 1960er Jahren die Ausprägungen und den Gestaltwandel der industriekapitalistischen Klassengesellschaft analysiert, steht eine solche Umweltgeschichte noch ganz am Anfang. Manches kann hier deshalb nur in Umrissen skizziert werden; viele Fragen bleiben offen.

4.2.1 Von der vorindustriellen Naturaneignung zur modernen Naturerfahrung

Davon, dass der Industriekapitalismus die Herrschaft des Menschen über die Natur erfunden hätte, kann sicherlich keine Rede sein. Seit jeher waren Menschen dem Bibelwort gefolgt, sich die Erde untertan zu machen und natürliche Ressourcen für ihr Überleben zu nutzen. Seit eher war dieser Aneignungsprozeß mühevoll und gewalttätig gewesen. Immer wieder entzog sich die Natur den menschlichen Ordnungs- und Nutzungsinteressen. Immer wieder bedurfte es enormer Anstrengungen, diese Interessen auch durchzusetzen. Gerade die Agrargesellschaften der Vor-moderne waren der Natur in einer Weise ausgeliefert, die heute kaum noch vorstellbar ist. Klimakatastrophen konnten Mißernten nach sich ziehen, die eine ganze Bevölkerung an den Rand des Hungertodes brachten. Hier war das andere Extrem erfahrbar: die Herrschaft der Natur über den Menschen.

Andererseits fügten Menschen auch der Natur gravierende Verletzungen zu. Schon in der frühen Neuzeit führten ihre Ein- und Übergriffe dazu, dass sich ganze Landschaften verschoben. Riesige Waldflächen wurden abgeholzt und als Brenn- und Baustoffe verwertet. Immer mehr Land kam unter den Pflug und wurde neuen, intensiveren Nutzungsverfahren unterworfen. Wüstes Gelände wurde urbar gemacht, Sümpfe trockengelegt. Dieser Prozess setzte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts fort mit dem Ergebnis eines 50prozentigen Zuwachses an Ackerland allein in diesem Jahrhundert.

Insgesamt hatte man im 19. Jahrhundert den Eindruck, der Mensch habe den Kampf mit der Natur gewonnen. Dazu trug nicht nur die Rationalisierung und Intensivierung der Landwirtschaft bei, die es schaffte, eine rasch wachsende Bevölkerung zu ernähren. Internationale Handelsverflechtungen und stetig verbesserte Verkehrsmittel erlaubten es überdies, Versorgungsgespässe durch Nahrungsmittelimporte auszugleichen, so dass die Agrar- und Hungerkrisen alten Typs seit der Mitte des 19. Jahrhunderts der Vergangenheit angehörten. Zudem bewirkten die forcierte Industrialisierung und Urbanisierung, dass sich zunehmend mehr Menschen von der Natur "emanzipierten". In Fabriken beschäftigt und in Städten ansässig, konnten sie die Natur gewissermaßen aus ihrem Leben aussperren. Natur, Klima, Landschaft entwickelten sich für die Masse der Stadtbewohner zu einer Art Gegenwelt - einer Welt, die zu Ausflügen und Erkundungen am arbeitsfreien Sonntag einlud, das Alltagsleben aber kaum noch behelligte.

Erst die lebenspraktische Ferne zur Natur ließ letztlich auch das entstehen, was man als modernes Naturgefühl bezeichnen könnte: jene sehn-suchts-geschwängerte Idyllisierung heiliger Eichenhaine und melodischen Vogelgezwitschers, die das "deutsche Wesen" seit der Romantik be-seelte. Hundertfach besungen und bedichtet, wurde die Natur in dem Maße zur Heils- und Glücksbringerin, wie sie dem modernen Menschen vom Leib rückte und ihre gefährlichen Tücken verlor. Sie war nur noch Muse für Mußestunden, Konsumartikel, Erholungsspenderin - Luxus.

Auch diese Umwidmung war Teil des Prozesses, der die Naturbeherrschung im 19. Jahrhundert zu ungeahnter Perfektion steigerte. Erst die Erfahrung extremer Beschleunigung, wie sie die Eisenbahn seit den 1830er Jahren vermittelte, schärfte die Wahrnehmung des Langsamen, Gleichbleibenden, das der Natur als Ort stiller, geruhssamer Kontemplation anhaftete. Zugleich ermöglichte es die Eisenbahn einer wachsender Zahl von Menschen, ihre städtische Lebensumwelt kurzfristig zu verlassen und Natur als "Kontrastprogramm" zu erleben. Indem Stadt und Land, Kultur und Natur immer enger miteinander verbunden wurden, öffnete sich der menschliche Erfahrungsraum für beides.

4.2.2 Industrie und Umwelt

Eisenbahnen ermöglichten aber nicht nur neue Naturerfahrungen. Sie veränderten auch Natur, zerschnitten Landschaften, überzogen sie mit schwarzem Kohlenrauch und dumpfem Getöse. Hatte sich der vorindustrielle Verkehr an die äußere Natur angepaßt, leistete ihr die Dampfkraft der Eisenbahn Widerstand. Die natürliche Topographie stellte kein Hindernis mehr dar, sondern wurde dank kühner Brückenbauten und Tunnelanlagen überwunden.

Die Zeitgenossen bewunderten diese gigantischen Leistungen menschlicher Erfindungsgabe und moderner Technik. Aber sie sahen auch die Schattenseiten: den Verlust an Landschaft, den "ungesunden Auswurf der dröhnenden Lokomotive". Dass technische Innovationen nicht nur Erleichterungen, sondern auch Belastungen schufen, traf besonders auf die Industrie zu. Sie zog ihre lokale Umwelt in einem bisher nicht dagewesenen Maße in Mitleidenschaft. Anders als die alten handwerklichen Kleinbetriebe meldeten die großen, zentralisierten Produktionsstätten einen schier unersättlichen Bedarf an natürlicher Energie (Wasser und Kohle) an und gaben ihre häufig giftigen Abfallprodukte ungeklärt und ungefiltert an die Umgebung zurück.

Vor allem in den Anfangsjahren der Industrialisierung lösten solche Übergriffe schockartige Reaktionen aus. Nicht das, was in der Fabrik selbst passierte, erregte die Gemüter, sondern die Auswirkungen auf die unmittelbare Umwelt. Das zeigte sich etwa in den von Medizinern verfaßten sanitätspolizeilichen Handbüchern. Zwar befaßten sie sich auch mit dem Gesundheitsschutz der Gewerbetreibenden und Fabrikarbeiter. Sehr viel größeren Raum aber nahmen die Hinweise zur Eindämmung unangenehmer und gesundheitsschädlicher Immissionen ein. Die nachteiligen Folgen einer Industrieanlage für die Nachbarschaft standen auf der Prioritätenliste einer öffentlichen

Gesundheitspflege weit vor den Gefährdungen für die Beschäftigten.

Das änderte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die öffentliche Aufmerksamkeit verlagerte sich nun von der Außenwelt der Fabrik auf ihr Innenleben. In diesem Perspektivenwechsel spiegelte sich die zunehmende Anerkennung der Industrie als "Quelle des Wohlstandes für die ganze übrige Bevölkerung", wie es Friedrich Harkort (1793-1880), einer der "Väter" der Industriellen Revolution in Deutschland, ausdrückte. Je mehr sich die Ansicht durchsetzte, dass das "Maschinen- und Fabrikwesen" die Entwicklung der Volkswirtschaft äußerst vorteilhaft beeinflusste, desto geringere öffentliche Resonanz fand die immer wieder aufflackernde Industrieschelke.

Proteste von Anwohnern gegen Fabriken und Industrieansiedlungen blieben denn auch zunehmend erfolglos. So klagten etwa Landwirte des Emschergebietes in den 1880er Jahren gegen eine Zeche, die fortwährend Abwässer in den Fluss einleitete und damit seine Nutzung zur Düngung und Berieselung umliegender Ländereien unmöglich machte. Die zuständige Münsteraner Behörde vertrat jedoch die Ansicht, "dass bei dem Widerstreit der Interessen der Landwirtschaft einerseits und des Bergbaus andererseits ... der zu Gunsten der ersteren geforderte Schutz eine unverhältnismäßig große Benachteiligung des letztgenannten Gewerbezweiges mit sich bringen würde. Denn unzweifelhaft steht ein Verbot, die in Ausübung desselben sich ansammelnden Abwässer in die Privatflüsse einzuleiten, der Schließung des Betriebes überhaupt gleich, mithin würden Hunderte von Arbeitern brotlos gemacht."

4.2.3 Industrieschutz statt Naturschutz

Gegen solche Argumente konnten weder die Schutzansprüche lokaler Kleinbauern noch die Industriekritik bürgerlicher Naturfreunde etwas ausrichten. Nicht Naturschutz, sondern Industrieschutz stand seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts auf der politischen Tagesordnung. Nur wenn die Interessen einflußreicher Bürger durch Industrieansiedlungen beeinträchtigt wurden, konnten sich die Behörden zu einer Politik der Schadensbegrenzung und -vermeidung veranlaßt sehen. So wehrten sich im Jahre 1891 Blankeneser Anwohner erfolgreich gegen eine geplante Bleihütte, deren Immissionen den Villen- und Grundstücksbesitzern Nachteile gebracht hätten: Schließlich hätten "die Errichtung neuer Villen und die Benutzung der schon gebauten als Luxusaufenthalt keine weitere Verwendung" gefunden.

Die Annahme liegt nahe, dass die Besitzer der Villen zu einem großen Teil selbst Fabrikanten waren, deren Etablissements an anderem Ort andere Anwohner belästigten. Um Lärm und Luftverunreinigung zu entgehen, hatten sie sich mit ihren Familien an den Stadtrand zurückgezogen und waren nun nicht bereit, dort ein ähnliches Schicksal zu erleiden. Beispielhaft für diese Stadt- und Fabrikflucht war der Essener Unternehmer Alfred Krupp. Hatte er im Jahre 1842 sein Staminhaus noch mitten auf dem Fabrikgelände errichtet, zog er 1873 auf den "Hügel" vor der Stadt, wo er inmitten ausgedehnter, mühsam angepflanzter Parkanlagen eine Villa hatte bauen lassen. Dagegen lagen die Siedlungen für seine Arbeiter zumeist in unmittelbarer Nähe der Fabrikgebäude.

Obwohl die industriell verursachte Naturzerstörung keineswegs unbemerkt blieb, gab es bis weit ins 20. Jahrhundert hinein keine mächtige Lobby, die dagegen anzukämpfen bereit und fähig war. Die Arbeiterbewegung als wichtigste Oppositionskraft des Kaiserreichs war alles andere als industriefeindlich eingestellt. Ihre Kritik richtete sich gegen sozioökonomische Verteilungs- und Herrschaftsstrukturen, nicht aber gegen den kurz- und langfristigen Verschleiß natürlicher Ressourcen. Die um 1900 gegründete sozialistische Naturfreunde-Bewegung rief sich denn auch weniger an der Zerstörung der Umwelt als an deren Privatbesitz. Die zeitgleich entstehende

bürgerliche Naturschutzbewegung wiederum verlegte sich darauf, die Einrichtung geschützter Reservate (Naturschutzparks) zu fordern.

Kam es doch einmal zu konkreten, lokal begrenzten Konflikten um die Umweltbelastungen einer Fabrikanlage, wurde der Bau höherer Schornsteine empfohlen und betrieben. Damit war das Einzelproblem zugleich entschärft und vergesellschaftet worden: Die Schornsteine verteilten die Schadstoffe über eine größere Region und verurteilten damit auch das Projekt unberührter Naturenklaven zum Scheitern. Erst diese Verallgemeinerung der Umweltprobleme aber, ihre Entgrenzung und Loslösung von einigen unmittelbar betroffenen Industrievierteln, schufen die Voraussetzung dafür, dass sich allmählich ein gesellschaftliches Problembewußtsein herausbildete und einen gesamtstaatlichen Handlungsbedarf einklagte.

4.3 Geschlechterverhältnisse in Familie und Gesellschaft

4.3.1 Zerfall der Familie?

Vielen Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts stand es klar vor Augen: Der Kapitalismus, das Industriesystem hatten nicht nur überkommene gesellschaftliche Ordnungen zertrümmert und eine neue, aggressive Phase der Naturzerstörung eingeleitet. Sie hatten sich darüber hinaus an einem vitalen Unterpfand sozialer und politischer Stabilität vergangen: an der Familie. Die "große Industrie", hieß es im Kommunistischen Manifest, habe "alle Familienbände für den Proletarier zerrissen". Ähnliches las man seit 1879 in dem Erfolgsbuch des sozialdemokratischen Parteiführers August Bebel, "Die Frau und der Sozialismus".

Auch auf konservativer Seite übte man scharfe Kritik an den familienzerstörenden Wirkungen des Industriekapitalismus. Er habe, schrieb der Volkskundler Wilhelm Heinrich Riehl 1852, dem "vierten Stand" entweder die "Familienlosigkeit" oder die "social entfesselte Familie" - "freie Liebe, wilde Ehe" - aufgezwungen. "Das Weibliche" komme hier "nicht zur eigentümlichen Entfaltung, weil die Frau zumeist als isoliertes Individuum von ihrem natürlichen Boden, der Familie, losgelöst ist". Die Gefahren einer solchen Familienlosigkeit seien groß: Weil dem "Fabrikproletarier ... das Leben in der naturgemäßen Beschränkung der Familie verwehrt ist, wie es ihm meist auch immer verwehrt bleibt, sich selber eine Familie zu gründen, so verfällt er in krankhaftem Drange um so leichter auf die Phantasiegebilde der kommunistischen Familie der Menschheit. Das Leben in der Familie ist das beste Schutzmittel vor allen sozialen Verirrungen, und wenn diese jetzt so übermächtig allwärts emporgewuchern, so ist dies das sicherste Zeichen, dass das Heiligtum des Hauses gar vielfach zertrümmert sein muss."

Die Motive, aus denen Konservative und Sozialisten den angeblichen Zerfall der Familie beklagten, waren verschieden. Die Diagnose aber blieb gleich. Doch auch sie erscheint im Licht neuerer Forschungen als höchst fragwürdig. Ideologische Vorannahmen und normative Leitbilder beeinflussten eine Wahrnehmung, die die Realität mehr verzeichnete als abbildete. Heute weiß man: Die Entfaltung des Industriekapitalismus als sozioökonomisches System ging keineswegs mit der Verallgemeinerung von "Familienlosigkeit", mit der "Auflösung von Ehe und Familie" oder mit ihrer "sozialen Entfesselung" einher. Im Gegenteil: In dem Maße, wie sich das kapitalistische Lohnarbeiterverhältnis durchzusetzen begann, gewann auch die Familie an Bedeutung. Immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen gründeten eine Familie,

und der Anteil der Ledigen an der Gesamtbevölkerung sank. Solange dagegen handwerklich-kleingewerbliche Strukturen vorherrschten, waren die Chancen, als abhängig Beschäftigte zu heiraten und eine Familie zu versorgen, weitaus geringer. Für Gesellen des Bäcker-, Fleischer- oder Friseurgewerbes lag das Risiko, lebenslang ledig zu bleiben, bei eins zu drei. Die

Arbeiterschaft der expandierenden Schwerindustrie und des Maschinenbaus dagegen war 1882 bereits zu über 60 Prozent verheiratet. Ehe- und Familienlosigkeit gehörten daher eher zu einer vorindustriellen, handwerklich-bäuerlich geprägten Gesellschaft.

Statistisch gesehen hatten die familienbewußten Kritiker des Industriesystems also Unrecht. Waren große Gruppen der vorindustriellen Gesellschaft von der Familiengründung ausgeschlossen gewesen - man denke an Handwerksgesellen, Knechte und Mägde -, schuf die Industrialisierung Arbeitsplätze ohne strukturelle Heiratsbarrieren. Die Familie verschwand folglich nicht, sondern setzte sich als Lebensform auch in den Unterschichten jetzt erst durch.

4.3.2 Familienbilder

Aber, könnte man fragen, steckte nicht vielleicht doch ein Körnchen Wahrheit in dem zeitgenössischen Lamento über Auflösung und Zerfall der Familie? Konnte denn bei Fabrikarbeitern wirklich von einem Familienleben die Rede sein, das diesen Namen verdiente?

Tatsächlich sagt die Häufigkeit von Eheschließungen noch nichts aus über den Charakter und die Qualität der geschlossenen Ehe. Dennoch gibt es keine verlässlichen Hinweise, dass sich diese im Verlauf des 19. Jahrhunderts zum Schlechteren verändert hätten. Unsicheres Einkommen, beengte Wohnverhältnisse und knappe Budgets waren kein Privileg des Industrieproletariats; die Unterschichten der vorindustriellen Gesellschaft hatten materiell kaum besser gelebt.

Diesen Vergleichsmaßstab legten Kritiker nicht an. Sie kontrastierten das Arbeiterfamilienleben statt dessen mit einem idyllisierten Bild bäuerlich-handwerklicher bzw. bürgerlicher Familien. Gekennzeichnet durch wertbeständige patriarchalische Strukturen, klare Arbeits- und Rollenzuweisungen und ein hohes Maß an Stabilität und Kontinuität über die Generationen hinweg, schienen solche Familientypen das genaue Gegenstück zu den instabilen, konfliktgeschüttelten und chronischen Mangel verwaltenden Fabrikarbeiterfamilien darzustellen.

4.3.3 Frauenerwerbsarbeit und hausväterliches Regiment

Das zeitgenössische, die politischen Lager mühelos übergreifende Unbehagen an den proletarischen Familienverhältnissen bündelte sich in der Figur der erwerbstätigen Ehefrau. Dass eine verheiratete Frau fern von Haus und Familie in der Fabrik Geld verdiente, galt vor allem in der bürgerlichen Öffentlichkeit als Wurzel allen Übels. Hier fand man den eigentlichen Grund für die wahrgenommene Zerrüttung der Arbeiterfamilie. Wie konnte eine Familie funktionieren, deren Mittelpunkt, die Frau, nicht ständig anwesend war?

Dieser mißtrauischen Frage gesellte sich eine andere, nicht minder bedenkliche hinzu: Was passiert mit dem Regiment des Hausvaters, wenn seine ökonomisch und sozial bedingte Macht durch die außerhäusliche Erwerbstätigkeit der Ehefrau untergraben wird? Ganz offensichtlich brachte das Industriesystem nicht nur die Familienverhältnisse, sondern auch die Geschlechterverhältnisse, die Beziehungen zwischen Frauen und Männern, in Unordnung. Frauen, so schien es, emanzipierten sich von Untergebenen zu Konkurrentinnen; sie machten Männern nicht nur Arbeitsplätze streitig, sondern auch, in logischer Konsequenz, die Macht im Haus. Das Fabrikssystem, notierte Friedrich Engels 1845, stelle die Familie "auf den Kopf", rufe "die Herrschaft der Frau über den Mann" hervor, "entmanne" den Mann und raube "dem Weibe seine Weiblichkeit".'

Wiederum zeigt ein Blick in die Statistik, dass sich eine solche Entwicklung allenfalls der Tendenz nach, keineswegs aber als allgemeingültige Regel abzeichnete. Zwar nahmen marktvermittelte Beschäftigungsverhältnisse von Frauen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stark zu; verheiratete Frauen aber hielten sich dabei eher zurück. 1875 war nur ein Fünftel der

Fabrikarbeiterinnen verheiratet, 1907 etwas mehr als ein Viertel. Die weitaus meisten Ehefrauen von Arbeitern gingen keiner regelmäßigen außerhäuslichen Erwerbsarbeit nach, sondern verdienten mit Heimarbeit, Zugehndiensten oder Untervermietung ihren Teil des Familieneinkommens. Vor allem in den Kreisen besserverdienender Facharbeiter behauptete der Mann seine Rolle als hauptsächlicher oder alleiniger Familienernährer. Hier waren Frauen vornehmlich für Haushalt, Kindererziehung, Nachbarschafts- und Verwandtenpflege zuständig.

4.3.4 Lohnarbeit versus Hausarbeit

Von dem befürchteten Rollenwechsel, der Umkehr männlich-weiblicher Machtverhältnisse konnte in diesen Familien keine Rede sein. Vielmehr erhielten sich auch hier Autoritätsstrukturen, die Männer begünstigten und Frauen auf nach- und untergeordnete Plätze verwiesen. Je mehr sich zudem die Vorstellung vom Mann als Familienernährer verallgemeinerte und zur Leitlinie gewerkschaftlicher Tarif- und Arbeitsmarktpolitik avancierte, desto geringer wurde der ökonomische "Wert" der Frau veranschlagt. War das Familieneinkommen in einer Zeit, die Lohnarbeit noch nicht oder kaum kannte, eine komplexe, schwer auseinanderzuidividierende Größe gewesen, galt es nun als identisch mit dem Verdienst des außerhäuslich erwerbstätigen Mannes. Die wirtschaftlichen Leistungen der Hausfrau - als Konsumentin, aber auch bei der Weiterverarbeitung von Nahrungsmitteln und Bekleidung - tauchten in der Rechnung nicht mehr auf. Indem der Industriekapitalismus die Lohnarbeit für Männer verallgemeinerte, wirkte er folglich mittelbar darauf hin, die Arbeit von Frauen ökonomisch unsichtbar zu machen. In einer Gesellschaft, die zunehmend dem Prinzip der Nützlichkeit, der maximalen und meßbaren Ausnutzung aller Ressourcen huldigte, kam dies einer sozialen Entwertung der Frauen und einer Aufwertung der Männer gleich.

4.3.5 Geschlechterverhältnisse und Arbeitsmarkt

Aber auch auf direkte Weise trug das Industriesystem dazu bei, die soziale Ungleichheit der Geschlechter zu verschärfen und zu verfestigen. Selbst dann, wenn es Frauen ebenfalls als Lohnarbeiterinnen in seinen Dienst nahm, legte es dabei andere Maßstäbe an als bei Männern. Frauen bekamen in der Regel schlechter bezahlte und ausgestattete Arbeitsplätze als ihre männlichen Kollegen. Ihnen wurden minderbewertete Qualifikationen und Fertigkeiten abverlangt. Ihre Aufstiegsmöglichkeiten waren noch beschränkter als die von Männern. Die Fabrik reduzierte Männer und Frauen eben nicht auf geschlechtslose Arbeitsinstrumente, sondern verteilte die Arbeit durchaus unterschiedlich nach Maßgabe des Geschlechts.

Das Schreckbild des 19. Jahrhunderts - die Industrie zerstört die Familie und emanzipiert die Frauen - erweist sich folglich als leerer Wahn. Zwar setzte die kapitalistische Industrialisierung in der Tat Veränderungen in Gang, die die Familien- und Geschlechterbeziehungen nicht unangetastet ließen. Keineswegs aber wirkten jene Veränderungen auf den Abbau patriarchalischer Herrschaftsverhältnisse innerhalb und außerhalb der Familie hin. Vielmehr stellte sich auch in den neuen Familien der Lohnarbeiter die hierarchische Ordnung wieder her.

Manches spricht sogar dafür, dass die Geschlechterordnung eher ungleicher als gleicher wurde. Schließlich war die messerscharfe Trennung männlicher und weiblicher Funktionsbereiche im wesentlichen ein Produkt des 19. Jahrhunderts. Das heißt nicht, dass es nicht schon vorher soziale Unterschiede zwischen Frauen und Männern gegeben hätte. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft hat diese Unterschiede nicht erfunden, sondern sie sich lediglich zu Nutze gemacht. Zugleich aber hat sie sie in besonderer Weise zugespitzt, normiert und verallgemeinert.

4.4 Das Doppelgesicht des Industriekapitalismus - ein Ausblick

Der Industriekapitalismus trug im 19. Jahrhundert - und darüber hinaus - ein Doppelgesicht. Eine Geschichte beeindruckender Erfolge wurde von einer Geschichte neuartiger, schwieriger Probleme begleitet. So trug die Industrialisierung einerseits dazu bei, dass die Masse der Bevölkerung materiell immer besser leben konnte, dass ihre räumliche und soziale Mobilität wuchs, dass individuelle Wahlmöglichkeiten und Emanzipationschancen zunahmen. Krisen, hervorgerufen durch Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit, konnten durch Leistungen des Sozialstaats abgemildert werden. Andererseits fand diese deutliche Verbesserung im Rahmen einer durch den Kapitalismus teils hervorgerufenen, teils verfestigten Klassengesellschaft statt. Unterschiede in Besitz, Macht, Bildung, Gesundheit haben zwar ihr Gesicht und Gewicht verändert, sind aber nicht verschwunden. Mehr und mehr rücken heute neben den sozialen auch die kulturellen und ökologischen Folgekosten der industriekapitalistischen Erfolgsgeschichte ins Bewusstsein: die Zerstörung natürlicher Lebensressourcen, die Auflösung traditionaler, nichtmaterieller Bindungsverhältnisse, die Verflüssigung verbindlicher Werthaltungen.

Nichts bezeugte den dynamischen Charakter des Industriekapitalismus bislang besser als seine Fähigkeit, Lösungen für solche selbst erzeugten Probleme zu finden. So brachten etwa die Klassenspannungen und -konflikte des 19. Jahrhunderts eine kritisch-oppositionelle Arbeiterbewegung hervor, die sich in vielen Ländern Europas als wichtiger Integrations- und Modernisierungsfaktor behauptete.

Ob der Industriekapitalismus die ökologische Frage ähnlich effizient bearbeiten können wie die soziale Frage, ist noch nicht abzusehen. Erschien er lange Zeit als ausgesprochen erfolg- und erfindungsreicher Zauberlehrling, der die Natur mit kühnen technischen Konstruktionen zu beherrschen wußte, sind die zerstörerischen Folgen jener Unterwerfung mittlerweile überall sichtbar. Im Unterschied zur Arbeiterfrage aber sind die Interessen an einer sauberen und intakten Umwelt erst sehr spät organisationsfähig geworden. Die Geschichte des Umweltbewußtseins zeigt zwar, dass es an einzelnen Initiativen zur Schadensbegrenzung schon im 19. Jahrhundert nicht gefehlt hat. Sie zeigt aber auch, dass nur dann, wenn Prioritäten deutlich anders gesetzt werden, konstruktive Strategien entwickelt und gesamtgesellschaftlich durchgesetzt werden können.

Dies gilt im übrigen auch für die Geschlechterfrage, die, im 19. Jahrhundert als "Frauenfrage" bezeichnet, seither immer mehr zu einer Männer ebenfalls betreffenden Problematik geworden ist. Die neuen Strukturen der industriekapitalistischen Erwerbsgesellschaft hatten die relative Nähe der Geschlechter in der vorindustriellen Haushaltsökonomie aufgehoben. Arbeitsöffentlichkeit und Familienprivatheit entwickelten sich zu nach Geschlechtern getrennten und hierarchisch angeordneten Lebenssphären. Daran änderte selbst die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen nichts: Im Unterschied zu Männern, die ohne Einschränkung ihren materiell und sozial lukrativen Berufspflichten nachgehen, bleiben Frauen - bis heute - in erster Linie an die Familie gebunden. Das hierdurch geschaffene Machtungleichgewicht im öffentlichen Raum wird zunehmend als Problem empfunden; lösbar ist es wohl nur durch eine konsequente Umverteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern.

Zu den Erfolgen des Systems zählt sicherlich das, was man als Vereinheitlichung von Lebensverhältnissen bezeichnen kann. Kontraste zwischen Stadt und Land, zwischen Zentrum und Peripherie, aber auch zwischen sozialen Klassen bzw. Ständen schliffen sich ab. Eisenbahn, Glühlampen und Telefon brachten den "Fortschritt" allmählich in jedes Dorf, in jeden Haushalt. Sie eröffneten auch Menschen, die in abgelegenen, industriell wenig erschlossenen Regionen lebten, neue Erfahrungsräume und Traumwelten. Nach und nach überwand die neue Mobilität von Menschen, Waren und Informationen zudem nicht nur inner-, sondern auch zwischenstaatliche Grenzen. Die

Internationalisierung der Ökonomie ging einher mit der Internationalisierung von Kultur, Recht und Lebensformen. Nach und nach wurde aber deutlich, dass Vereinheitlichung auch Monotonie bedeutet, Verlust an Differenz- und Fremdheitserfahrung. Diesen Verlust auszugleichen, reichen moderner Massentourismus und moderne Massenunterhaltung längst nicht mehr aus. Gegenteilstendenzen in Form aggressiver Regionalismen und Nationalismen treten auf und erfreuen sich europaweiter Beliebtheit.

- Beschreiben Sie Voraussetzungen für "Klassenbildung" und "Klassenhandeln" sowie deren Entwicklung in der Arbeiterbewegung. Sammeln Sie Informationen über die Organisation der Unternehmer, und überprüfen Sie, inwieweit sich darin "Klassenhandeln" widerspiegelt.
- Erarbeiten Sie aus der Darstellung die Entwicklung der Geschlechterbeziehungen im 19. Jahrhundert unter dem Aspekt von Gleichberechtigung und Gleichstellung. Welche Probleme von damals sind heute gelöst bzw. dauern noch an?